

# TE OGH 1990/8/7 150s80/90

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 07.08.1990

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat am 7.August 1990 durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes Dr. Bernardini als Vorsitzenden sowie durch die Hofräte des Obersten Gerichtshofes Dr. Walenta, Dr. Reisenleitner, Hon.Prof. Dr. Brustbauer und Dr. Rzeszut als weitere Richter in Gegenwart des Richteramtsanwärters Dr. Mende als Schriftführer, in der Strafsache gegen Silvia T\*\*\* und Edeltraud G\*\*\* wegen des Vergehens der Urkundenfälschung nach § 223 Abs. 2 StGB über die von der Generalprokuratur erhobene Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes gegen das Urteil des Landesgerichtes Innsbruck vom 12. Juni 1990, GZ 37 Vr 830/90-15, nach öffentlicher Verhandlung in Anwesenheit des Vertreters des Generalprokurators, Generalanwalt Dr. Stöger, jedoch in Abwesenheit der Verurteilten zu Recht erkannt:

## Spruch

Das Urteil des Landesgerichtes Innsbruck vom 12.Juni 1990, GZ 33 Vr 830/90-15, verletzt das Gesetz in den Bestimmungen des § 57 Abs. 2 und Abs. 3 StGB.

Dieses Urteil, das im übrigen unberührt bleibt, wird im Schuldspruch der Angeklagten Silvia T\*\*\* und Edeltraud G\*\*\* aufgehoben und gemäß §§ 292, 288 Abs. 2 Z 3 StPO in der Sache selbst zu Recht erkannt:

Silvia T\*\*\* und Edeltraud G\*\*\* werden von der wider sie erhobenen Anklage, sie haben im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit dem abgesondert verfolgten Adolf R\*\*\* als Mittäter (§ 12 StGB) mit dem Vorsatz, sich durch das Verhalten der Getäuschten unrechtmäßig zu bereichern, Angestellte der T\*\*\* S\*\*\* I\*\*\*-H\*\*\* unter dem Anschein rückzahlungswilliger Kreditnehmer in Verbindung mit der Vorlage von gefälschten Gehaltsbestätigungen, sohin durch Täuschung über Tatsachen, zur Zuzählung von Darlehen und somit zu Handlungen verleitet, welches das genannte Bankinstitut an seinem Vermögen schädigte, wobei der Schaden 25.000 S überstieg und zwar

1./ Silvia T\*\*\* am 19.September 1986 in Zirl durch den Anschein einer rückzahlungswilligen Kreditnehmerin in Verbindung mit der Vorlage einer gefälschten Gehaltsbestätigung der Firma "A\*\*\* T\*\*\* CAFE M\*\*\*" zum Abschluß eines Kreditvertrages über eine Summe von 98.000 S, wobei der Schaden infolge Auszahlung des Kreditbetrages nach Tilgung von Vorverbindlichkeiten 70.000 S betrug, 2./ Silvia T\*\*\* und Edeltraud G\*\*\* am 23.Oktober 1986 in Kematen durch den Anschein einer rückzahlungswilligen Kreditnehmerin (Edeltraud G\*\*\*) in Verbindung mit der Vorlage einer gefälschten Gehaltsbestätigung der Firma A\*\*\* F\*\*\* GesmbH & Co KG zum Abschluß eines Kreditvertrages über eine Summe von 125.000 S, wobei der Schaden infolge Auszahlung des Kreditbetrages und Tilgung eines Vorkredites 115.800 S betrug, und sie haben hiedurch das Vergehen des schweren Betruges nach §§ 146, 147 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 StGB begangen, gemäß § 259 Z 3 StPO freigesprochen.

## Text

Gründe:

Der Einzelrichter des Landesgerichtes Innsbruck sprach mit dem in Erledigung eines die Bestrafung der Silvia T\*\*\* und

der Edeltraud G\*\*\* wegen des Vergehens des schweren Betruges nach §§ 146, 147 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 StGB begehrenden Antrages der Staatsanwaltschaft (S 113 ff) erlassenen, in Rechtskraft erwachsenen Urteil vom 12.Juni 1990, GZ 37 Vr 830/90-15, Silvia T\*\*\* des am 19.September und 23.Oktober 1986 in zwei Fällen und Edeltraud G\*\*\* des am 23.Oktober 1986 in einem Fall verübten Vergehens der Urkundenfälschung nach § 223 Abs. 2 StGB schuldig und sprach G\*\*\* von einem weiteren Anklagevorwurf frei. Das Strafverfahren gegen die beiden Genannten war mit dem Beschluß des Untersuchungsrichters vom 28.März 1990 auf Einleitung der Voruntersuchung wegen §§ 146, 147 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 StGB anhängig gemacht worden (S 2).

### **Rechtliche Beurteilung**

Der Schuldspruch steht mit dem Gesetz nicht im Einklang:

Gemäß § 57 Abs. 3 StGB beträgt die Verjährungsfrist für das mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bedrohte Vergehen der Urkundenfälschung nach § 223 Abs. 2 StGB drei Jahre. Die Strafbarkeit der am 23.Oktober 1986 abgeschlossenen (§ 57 Abs. 2 StGB) Tat(en) war sohin zum Zeitpunkt der Einleitung des Strafverfahrens bereits durch Verjährung erloschen. Nach der Aktenlage liegt auch Verjährungshemmung im Sinn des § 58 StGB nicht vor (s. Strafregisterauskünfte S 7, 87, 97). Die Qualifikation, die der Ankläger den Taten angedeihen ließ, ist dabei unerheblich; maßgebend ist allein der Urteilsspruch.

Der Schuldspruch verletzt somit das Gesetz in einer Nichtigkeit nach § 281 Abs. 1 Z 9 lit. b StPO verwirklichenden Weise in den Bestimmungen des § 57 Abs. 2 und 3 StGB. Diese Gesetzesverletzung war in Stattgebung der von der Generalprokuratur erhobenen Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes festzustellen und, weil sie sich zum Nachteil der Verurteilten auswirkte, mit einer Aufhebung des kondemnierenden Teils des Urteils sowie sofortigem Freispruch vorzugehen.

### **Anmerkung**

E21591

#### **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:OGH0002:1990:0150OS00080.9.0807.000

#### **Dokumentnummer**

JJT\_19900807\_OGH0002\_0150OS00080\_9000000\_000

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)